



Es gilt das gesprochene Wort.

Peter Rauscher
7. November 2019

„Wenn ich mir vorstelle, dass 95 Prozent aller Kinder, die noch nicht geboren sind, in eine Welt entlassen werden, wo sie vielleicht Elend, Krieg, Zerstörung ausgesetzt sind – das bricht einem das Herz. Das muss verhindert werden.“

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

dieses Motto hatten wir im Jahr 2017 (!!!!) unserer Haushaltsrede voran gestellt: Wir wollen dieses Motto auch in diesem Jahr an den Beginn stellen, denn es ist auch noch heute von bedrückender Aktualität. Das Zitat stammt von Prof. Schellnhuber, oberster Nachhaltigkeitsberater der Bundesregierung und der EU-Kommission. Es bleibt uns nur noch ein sich immer weiter verkürzendes Zeitfenster, um die vereinbarten Klimaziele zu erreichen.

Dies kann nur gelingen, wenn wir auf allen politischen Ebenen – also auch auf der kommunalpolitischen – endlichen beginnen, das Steuer herumzureißen:

- für eine nachhaltige ressourcenschonende Politik, und
- für eine Veränderung der Lebensstile.

Als kommunale Vertretung sind wir ja der Nachhaltigkeit verpflichtet.

Konjunktur

Die vom IWF prognostizierte Schwächung der internationalen Konjunktur wird die deutsche Wirtschaft mit ihrer Exportabhängigkeit hart treffen. Was wir brauchen, ist ein ambitioniertes Investitionsprogramm, das eine sozial-ökologische Transformation finanziert. Nur mit solchen - von uns hier immer wieder betonten grundlegenden Veränderungen - können wir die Wirtschaft zukunftsfähig gestalten. Dies bedeutet: Wir brauchen auch auf kommunaler Ebene umfassende Investitionen in ÖPNV und Bahn, in Bildung und in erneuerbarer Energie, in Pflege und Gesundheit und in bezahlbaren Wohnraum. Alles müssen wir tun, um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu erhalten und auszubauen und unser Klima zu schützen und den sozialen Frieden zu wahren. Dazu ist eine Transformation der Industrie und Gesellschaft notwendig.

Landrat Einger hat an mehreren Stellen in seiner Rede betont, dass wir als Landkreis häufig von Bund und Land allein gelassen werden und notwendige Maßnahmen häufig ohne finanzielle Unterstützung durch Bund oder Land stemmen müssen. Eine Ursache scheint uns darin zu liegen, dass oberste Priorität in Bund und Land ist, einen Etat ohne neue Schulden zu gestalten. Diese neoliberale Haltung soll den Staat und die Gesellschaft bis zur Handlungsunfähigkeit austrocknen, Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen und nachfolgende Teuerungen wären dann die Folge. Daher muss die Schwarze Null abgelehnt werden. Zukunftsinvestitionen müssen möglich werden. Das fordert mittlerweile sogar das Handelsblatt, welches nun wirklich keine linke Zeitung ist.

Kompetenzzentrum Gebäudebegrünung und Stadtklima

Stadtbegrünung und Stadtklima sind Herausforderungen vieler Kommunen für die Zukunft. Der Landkreis unterstützt das Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ dessen Ziel es ist, durch Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Weiterbildung, Information und Sensibilisierung dieses Thema zu befördern. So sollen Städte und Kommunen an die Herausforderungen des Klimawandels besser angepasst werden. Urbanen Sturzfluten, Verlust an Biodiversität, städtischen Hitzeinseln und Luftschadstoffen soll besser entgegengewirkt werden.

Wir beantragen daher:

Das Kompetenzzentrum „Gebäudebegrünung und Stadtklima e.V.“ berichtet in einem Ausschuss des Kreistages über seine Arbeit und seine Ziele. Die Verwaltung soll im Anschluss an diesen Bericht Wege aufzeigen, wie diese Themen und Ziele im Landkreis weiter verfolgt werden können, und wie die Kommunen die Herausforderungen des Klimawandels mit Unterstützung des Landkreises besser meistern können.

Bezogen auf den Landkreis möchte ich aus dem **Leitbild Klimaschutz** zitieren, dessen Aussagen wir als Fraktion DIE LINKE unterstützen:

„Der Landkreis setzt sich gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen für einen verstärkten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ein und leistet dazu eigene Beiträge. Er unterstützt den Aus- und Aufbau von Mobilitätsstationen und fördert den Radverkehr im gesamten Landkreis durch geeignete Maßnahmen ebenso wie den Fußverkehr.

(...)

Umfassend informiert die Landkreisverwaltung durch geeignete Medien über alternative umweltfreundliche und klimaschonende Mobilitätsangebote. Er motiviert alle Verkehrsteilnehmenden zu einer klimaschonenden Teilnahme im Verkehr.“

Dieses Leitbild unterstützen wir als Fraktion DIE LINKE, wir freuen uns über diese Aussagen, enthalten sie doch häufig unsere Anträge aus den letzten Jahren. Zur Umsetzung halten wir einige weitere Maßnahmen für notwendig:

Besonders freut uns das Projekt „**emissionsfreie Straßenmeisterei**“, das ja im ATU beschlossen wurde. Bereits 2018 haben wir im Haushaltsantrag „Modelllandkreis Wasserstoffmobilität: Zukunftssicherung für die lokale Wirtschaft“ gefordert: „Die LINKE fordert, als einen Schwerpunkt das Thema Wasserstoffmobilität zu setzen. Lokale Wirtschaft, Forschung, die Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sollen zu einem Austausch über aktuelle und geplante Aktivitäten sowie zur Erarbeitung einer Zukunftsvision zusammengeführt werden.“ Auch auf eine nun erfolgte Kooperation mit der Hochschule Esslingen haben wir hingewiesen. Das Projekt „Emissionsfreie Straßenmeisterei“ enthält tatsächlich viele Punkte, die bereits in unserem Antrag standen: Wasserstofftechnologie für (Nutz-)Fahrzeuge, Kooperation mit der Hochschule Esslingen und ein Verbundprojekt

In diesem Sinne beantragen wir einen Bericht der Beteiligten an diesem Prozess, der die vorher genannten Prämissen enthält, nämlich die lokale Wirtschaft, die Forschung, die

Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft zu einem Austausch über aktuelle und geplante Aktivitäten sowie zur Erarbeitung einer Zukunftsvision zusammen zu führen.

ÖPNV

Mobilität ist ein wichtiger Baustein für den Klimawandel. Deshalb unterstützen wir - wie vorher dargestellt - das „Projekt emissionsfreie Straßenmeisterei“. Dies nach den EU-Richtlinien „Clean Vehicles Directive“. Gespannt werden wir sehen, wie diese Richtlinie dann bei der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes auf die Busse im Landkreis umgesetzt werden wird.

Für eine gelingende Verbesserung des ÖPNVs ist ein Ausbau der Infrastruktur notwendig. Nur so kann dieser seine Leistung und Funktionsfähigkeit zeigen, so dass eine Verteufelung eines Verkehrssystems entfällt.

Daher haben wir auch der **S-Bahn-Verlängerung nach Neuhausen** trotz ärgerlicher, aber wohl leider unvermeidlicher Kostenerhöhungen gegenüber dem ersten Planansatz zugestimmt, damit steigern wir die Attraktivität des ÖPNV auf den Fildern enorm. Allerdings ist die S-Bahn nach Neuhausen kein wirklich neues Projekt, denn auf den Fildern wurde lediglich das alte Netz der Filderbahn modernisiert bzw. wieder aufgebaut, das auf Grund einer verfehlten, autozentrierten Verkehrspolitik seit Ende der 50er Jahre zuerst massiv vernachlässigt, ausgedünnt und schließlich ganz aufgegeben und zu großen Teilen abgebaut wurde. Heute müssen wir dafür teuer bezahlen!

Unsere ablehnende Haltung zu **S 21** ist bekannt. Auch wenn wir meinen, dass ein Baustopp notwendig ist. Nur dadurch kann das für die S-Bahn kommende Schlamassel auf den Fildern und am Flughafentiefbahnhof verhindert werden. Die schon gebauten Teile können für den notwendigen Ringschluss von den Fildern ins Neckartal benutzt werden, so lassen und sich viele Milliarden Steuergelder einsparen. Dazu wollen wir in diesem Jahr keinen Antrag stellen. Statt dessen unterstützten wir den SPD-Antrag: „S 21 – Planfeststellungsabschnitt 1.3 b“ im VFA. Bedauerlich und unverständlich finden wir es, dass eine Mehrheit des VFAs den SPD-Antrag abgelehnt hat, hierzu den Gutachter der Stadt Leinfelden-Echterdingen zu hören. Dies wäre kein Eingriff in ein laufendes Planfeststellungsverfahren gewesen, sondern es hätte uns die Möglichkeit gegeben, perspektivisch Maßnahmen zu planen für Umsteiger von der S-Bahn auf die Busse des Landkreises.

Die **Tarifreform des VVS** mit der damit verbundenen Nichterhöhung der Ticketpreise war ein erster Schritt für einen zukunftsorientierten ÖPNV und ein großer Erfolg. Dies wurde wesentlich von uns in diesem Kreistag mit angestoßen. Vier Millionen Fahrten mehr - dieser Zuwachs ist wesentlich durch diese Reform geschehen und er zeigt, dass Tarife **doch** einen wichtigen Einfluss auf das Nutzerverhalten haben. Es wäre fatal, würde man diese positive Entwicklung durch Verteuerung der Tickets abschwächen. Es darf keine Tarifierhöhung geben. Ich

Im VVS haben wir ein kompliziertes Tarifgefüge. Wir beantragen, dass der Kreistag unseren Vertreter im VVS beauftragt zur Vereinfachung des bestehenden Tarifgefüges ein im gesamten VVS gültiges **365- Euro-Jahresticket** mit monatlicher Zahlungsmöglichkeit für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, Menschen in staatlichen Hilfesystemen (Beziehung von Hartz-4, Grundsicherung, Wohngeld, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz), und Senioren einzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie werden bemerkt haben, dass unsere Fraktion von der Forderung nach einem Sozialticket absieht und statt dessen ein vereinfachtes Tarifgefüge über das 365-Euro-Jahresticket anstrebt. Dieses 365-Euro-Ticket ist dann ein erster Schritt hin zu einem allgemeinen 365-Euro-Ticket, wie es der SPD-Antrag fordert.

Weitere Anträge zum Thema Mobilitätsmanagement, zum Ausbau der Fahrradinfrastruktur und zur Schusterbahn stellen wir.

Förderung der Prävention gegen Rechtsextremismus und zur Demokratieförderung

Spätestens seit dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle und dem Mord an dem Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU) ist deutlich geworden, dass der Rechtsextremismus eine erhebliche Gefahr für unser demokratisches System darstellt. Auch die zuvor erfolgten Anschläge der NSU-Terrorzelle zeigten die Präsenz rechtsextremistisch motivierter Taten in Deutschland. Seit 1990 fielen in der Bundesrepublik 198 Menschen rechtsextremer Gewalttaten zum Opfer (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/rassismus/todesopfer-rechter-gewalt/>). Auch im Landkreis Esslingen kam es 1992 zum Mord an Sadri Berisha in Ostfildern-Kemnat (<https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13680567.html>).

Vor diesem Hintergrund der sichtbaren Zunahme rassistischer und antisemitischer Ansichten in der deutschen Bevölkerung gilt es mehr denn je, mit politischer Bildungsarbeit antidemokratische Haltungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und pauschalisierende Abwertungskonstruktionen präventiv entgegenzuwirken.

Dazu stellen wir gemeinsam mit der SPD einen Antrag.

Zum Thema **Mietobergrenzen** stellen wir den Antrag, die von der Liga der Freien Wohlfahrtspflege vorgelegten Evaluation und Rechtsgutachten in den zuständigen Ausschüssen zu beraten.

Seit 2014 hat sich das Konzept der **Schulbegleitung** verändert und seit wir im Kreistag vertreten sind, thematisieren wir dieses Thema. Unser Engagement als Fraktion Die LINKE hat sich gelohnt! Aus Honorarverträgen für die Mitarbeiter*innen sind sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse geworden, die mehr Sicherheit bieten. Viele Fach- und Nichtfachkräfte erfüllen als Schulbegleiter*innen für uns diese wichtige und wertvolle Aufgabe. Sie ermöglichen Kindern und Jugendlichen, im Rahmen der UN-Behindertenkonvention am regulären Unterricht in allen unterschiedlichen Schulformen teilzuhaben und nicht mit dem Stempel einer Förderschule auf dem Abschlusszeugnis ins Leben zu starten. Den finanziellen Aufwand, den der Kreis dafür betreibt, halten wir für mehr als gerechtfertigt und für ausbaubar!

Das Thema **Inklusion** beschäftigt unsere Fraktion nun schon die dritte Wahlperiode. Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, daher noch etwas anmerken. 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention von Deutschland ratifiziert. Um so erstaunter sind wir, dass bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetz das Land Baden-Württemberg den Kommunen keinen vollen Kostenausgleich stellen will. 150 Millionen Euro - so die

Schätzung der Verbände - werden die Verbesserungen für die 82.000 Menschen mit Behinderung im Land kosten. Doch statt die Kommunen hier entsprechend zu entlasten, droht der grüne Sozialminister Lucha den Stadt- und Landkreisen mit einer Rechtsordnung, wenn der nötige Landesrahmenvertrag nicht zustande kommt. Der bisherige Vorschlag sieht allerdings nicht mal annähernd genug Mittel vor, um die anfallenden Kosten zu decken. Es kann und darf nicht sein, dass aus finanzpolitischen Gründen eine ratifizierte Menschenrechtskonvention unterlaufen wird, und die betroffenen Menschen darunter leiden!!!
Das Land macht sich hier wie auch bei der Integration von Flüchtlingen finanzielle dünn und schleicht sich aus seiner Verantwortung. Das ist nicht zu akzeptieren!

Weitere Anträge stellen wir zur Erfassung und Aktivierung von vorhandenen Gewerbeflächen, zur Personalsituation und zum Verein „Frauen helfen Frauen.

Dank

Herzlich bedanken wollen wir uns bei Frau Dostal und ihren Kolleginnen und ebenso bei allen Beteiligten aus den Fachämtern, die den Haushaltsplan geplant und aufgestellt haben. Dieser Dank gilt auch den Kolleginnen und Kollegen unseres Abfallwirtschaftsbetrieb.